



NEWSLETTER 08/2019

FORUM | MIGRATION





Foto: © designtools – stock.adobe.com

Neue Ziele

Rund 750 Millionen Menschen auf der Welt können sich vorstellen, in ein anderes Land zu ziehen. Das geht aus Befragungen des Meinungsforschungsinstituts Gallup hervor, die das Berlin-Institut für Bevölkerung (BIBE) und Entwicklung ausgewertet hat. Doch bei Weitem nicht alle werden nach Europa kommen: Im globalen Wettbewerb um Fachkräfte spielen längst auch Staaten wie China eine Rolle, heißt es in der BIBE-Studie „Europa als Ziel? Die Zukunft der globalen Migration“. Der Trend zur Überalterung mache sich auch in Gesellschaften wie der chinesischen bemerkbar, so Institutsleiter Reiner Klingholz.

Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich waren der Studie zufolge für 42, 36 respektive 34 Millionen Menschen attraktive Ziele. Das BIBE betont, dass diese Zahlen Wünsche, aber keine Wirklichkeit widerspiegeln: Letztlich sei es weniger als ein halbes Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung – das sind gut 23 Millionen Menschen –, die konkrete Schritte für eine Auswanderung unternehmen, sich etwa Geld oder Visa für die Migration beschaffen. „Entgegen landläufiger Meinung wird Europa nicht von den Armen der Welt

überannt“, so die BIBE-Forscher_innen. Die meisten Menschen in den wenig entwickelten Ländern verfügen nicht über die nötigen Mittel für die Migration. Wanderungen über größere Distanzen werden erst wahrscheinlich, wenn das jährliche Bruttoinlandsprodukt pro Kopf auf etwa 2.000 US-Dollar steigt. Bei 7.000 bis 13.000 Dollar erreichen sie ihren Höhepunkt. „Das bedeutet aber auch, dass sich Migration durch Entwicklung nicht bremsen lässt. Im Gegenteil fördert sie die Wanderungsbereitschaft“, heißt es in der Studie. Wie viele Menschen sich – ungefragt oder angeworben – auf den Weg nach Europa machen, hänge ganz wesentlich auch vom Bedarf in anderen Weltregionen ab. Ähnlich wie Europa seien auch Staaten Nordamerikas, Ostasiens oder der ehemaligen Sowjetunion heute in einer demografischen Situation, in der sie Zuwanderer benötigen. Um Migrant_innen, insbesondere um solche, die attraktive Qualifikationen mitbringen, wie IT-Spezialisten oder Pflegekräfte, ist längst ein internationaler Wettbewerb ausgebrochen. Mit Sicherheit sei „Europa nicht das einzige Wunschziel der Migrationswilligen dieser Welt“, so die Studie.

 Bibe-Studie: <https://bit.ly/2GsiXaA>
 Siehe auch das Zahlenwerk auf Seite 3

INHALT 08/2019

Neue Ziele	1
Anerkennungs-News	2
Den Wohlstand teilen	2
Ausbeutung auf dem Spargelfeld	3
Die Lohnlücke wächst	3
Wohin wandern die Menschen auf der Welt?	3
News + Termine	4
Für unsere demokratischen Alternativen streiten – Kommentar von Markus Schlimbach, Vorsitzender des DGB Sachsen	5



Anerkennungs-News

NRW: Eine statt sechs Stellen für Anerkennung

Nordrhein-Westfalen will die Anerkennungsverfahren für Gesundheitsberufe übersichtlicher gestalten. Ab dem kommenden Jahr richtet die Landesregierung dazu eine zentrale Stelle bei der Bezirksregierung Münster ein. Bislang waren die Zuständigkeiten auf fünf Bezirksregierungen verteilt, dazu kam das Landesprüfungsamt für Medizin, Psychotherapie und Pharmazie (LPA) in Düsseldorf. Künftig gibt es für im Ausland erworbene berufliche Qualifikationen etwa als Krankenpfleger_in oder Ärzt_in nur die Stelle in Münster.

Arbeits- und Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) begründete die Reform mit der langen bisherigen Verfahrensdauer: 2017 mussten Antragsteller_innen aus Heilberufen im Schnitt 190 Tage auf eine Entscheidung warten. Bei Gesundheitsfachberufen waren es rund 118 Tage.

Im Gesundheitsbereich müsse eine „ganz neue Willkommenskultur“ entstehen, so Laumann. Das Land könne es sich „schlichtweg nicht leisten“, gut ausgebildete Menschen wegen zu langer Verfahren und überbordender Bürokratie zu verlieren. Allein in der Pflege fehlten schon jetzt 10.000 Fachkräfte. 2017 wurden in NRW allein bei Gesundheitsberufen etwa 3.800 Anerkennungsanträge gestellt. Bei den Pflegekräften wurde rund ein Viertel positiv entschieden, bei den Ärzt_innen etwa ein Drittel. Die Anerkennungsverfahren in Münster werden künftig vollständig digitalisiert. Aus dem Ausland können auch elektronisch Anträge gestellt werden. Eine geplante zentrale Servicestelle auf Bundesebene soll ausländischen Fachkräften Hilfe bei Übersetzungen und der Antragstellung leisten.

Brandenburg will Lehrer_innen aus Polen

Brandenburg will vermehrt polnische Bewerber_innen in Bildungs- und Jugendeinrichtungen einstellen. Ein gemeinsames deutsch-polnisches Vorhaben „Polnische Erzieherinnen und Erzieher in Brandenburger und polnischen Kitas“ für die neue EU-Förderperiode 2020 werde geprüft, berichtet die dpa. Ende Mai arbeiteten 122 Pädagog_innen mit polnischer Staatsangehörigkeit in den öffentlichen Schulen Brandenburgs. Um neue Bewerber für einen Job in Brandenburg zu gewinnen, hat das Ministerium einen Flyer entworfen, der im deutsch-polnischen Grenzraum verteilt wird. Darin wirbt Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) mit sicheren Arbeitsplätzen und guter Bezahlung in Brandenburg. Gesucht werden Lehrer an Grundschulen, aber auch für weiterführende Schulen sowie für Förderschulen. Auch wenn Pädagog_innen in Polen nur ein Unterrichtsfach studiert haben, können sie im Brandenburger Schuldienst beschäftigt werden.



Foto: © den-belitsky - stock.adobe.com

Den Wohlstand teilen

„Mit den Gastarbeitern hatte ich nie viel zu tun“, sagt Annegret Pawlitz. Im dem Unternehmensbereich der Deutschen Bahn, wo sie ihr Berufsleben verbracht hat, gab es wenige Migrant_innen. Heute ist die Gewerkschafterin im Ruhestand Soziallotsin beim „Integration Schiene – Chance plus“-Programm der Deutschen Bahn. Sie unterstützt Geflüchtete während einer zehnmonatigen Vorbereitungsphase für eine Ausbildung bei der DB.

„Gesucht wurden dafür Eisenbahner_innen, die sich in dem Unternehmen und mit den Begriffen auskennen“, sagt Pawlitz. Menschen wie sie: 1971 fing Pawlitz im „mittleren nicht technischen Dienst“ an, 1988 trat sie in die Personalvertretung ein. Zwanzig Jahre war sie Vorsitzende des Betriebsrats der DB Fernverkehr, zudem lange Jahre als Gewerkschafterin bei der Eisenbahngewerkschaft EVG aktiv – bis jetzt: Heute ist Pawlitz Bundesvorsitzende der EVG-Senior_innen.

Einmal pro Woche trifft sich ihre Gruppe von fünf Soziallots_innen mit rund einem Dutzend Geflüchteter, überwiegend aus Afghanistan, Iran, Syrien und Eritrea. Um Sprachpraxis soll es bei diesen Treffen gehen. Doch die Schwierigkeiten für die Geflüchteten sind nicht nur sprachlicher Art. „Es gab großes Interesse, über Kultur und viele andere Dinge zu sprechen.“ Auch wenn Leistungsbescheide vom Jobcenter kamen, Arztbesuche oder die Wohnungssuche anstanden, waren die Lots_innen gefragt.

Und sie sollten erklären. „Dass es in Deutschland für alles Anträge gibt und man für alles Stempel haben muss, das ist manchmal schwer zu verstehen“, sagt Pawlitz. An dem bis 2022 angelegten gemeinsamen Projekt von EVG, Bahn und Bahnsozialwerk hat Pawlitz vor allem die Zukunftsperspektive überzeugt: „Die Teilnehmer_innen bekommen eine qualifizierte Berufsausbildung und haben Aussicht auf ein gesi-

chertes Einkommen.“ Sie hatten keine einschlägige Vorqualifikation, mussten aber mindestens das Deutsch-Niveau B2 vorweisen. Am Ende können sie eine Ausbildung als Energieanlagenelektroniker_in oder Mechatroniker_in beginnen.

„Um Geflüchtete im Betrieb zu integrieren, können Betriebsräte unglaublich viel leisten. Doch dafür braucht es Freiräume“, sagt Pawlitz. Die Arbeitsverdichtung schränke die Räume für dieses Engagement ein. „Bei der Bahn laufen Tausend Projekte und die Betriebsrät_innen sind oft am Limit.“ Freiraum bräuchten auch die Ausbilder_innen, die sich um Geflüchtete intensiver kümmern müssen, als um deutsche Auszubildende – etwa, um mögliche Sprachprobleme auszugleichen. Schließlich seien Teile der Bahn sicherheitsrelevante Bereiche. „Da muss am Ende natürlich alles sitzen.“

Die Integrationsarbeit sei wichtig, nicht nur für die Geflüchteten, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt. Schließlich gebe es das Vorurteil, dass Geflüchtete „gar nicht in den Arbeitsprozess hineinmöchten und alles vom Amt kriegen“, sagt Pawlitz. Je mehr Menschen in den Betrieben integriert werden, desto eher sei es möglich, dieses Vorurteil „durch eigenes Erleben und durch eigenes Sehen“ aufzubrechen, sagt Pawlitz. Und das führe „ganz sicher zu einer Veränderung“.

„Ich bin in einer Zeit ohne Krieg und mit unendlichem Wohlstand groß geworden“, sagt sie und findet: Der Politik gehe es heute offensichtlich nicht darum, für den Frieden in der Welt einzustehen, findet Pawlitz. Also wolle sie selbst für Ausgleich sorgen. „Mit meiner Arbeit kann ich etwas von dem großen Glück, meinem Wohlstand, der auf Kosten der Entwicklungsländer geht, zurückgeben.“ In der Arbeit als Soziallotsin könne sie ihre gesamte Erfahrung von vielen Jahren als Betriebsrätin einbringen.



Ausbeutung auf dem Spargelfeld

Es ist nur ein Fall von vielen. Doch er zeigt, mit welchen Praktiken manche Agrarunternehmen migrantische Erntehelfer_innen ausbeuten: Nach Recherchen der vom DGB unterstützten Brandenburger Fachstelle Migration und gute Arbeit hat ein Spargelhof im Landkreis Potsdam-Mittelmark offenbar über 60 Studierende aus der Ukraine als angebliche Praktikanten angeheuert und ihnen für ihre Arbeit deutlich weniger als den gesetzlichen Mindestlohn gezahlt.

Über den Fall hatten zuerst der Sender RBB und die Märkische Allgemeine berichtet. Demnach waren die Studierenden offiziell über Vermittlungsagenturen in der Ukraine angeworben und für ein „studienfachbezogenes Praktikum“ nach Deutschland gebracht worden. Solche sind offiziell vom Mindestlohn von

9,19 Euro ausgenommen. Die Bundesagentur für Arbeit hatte dies genehmigt. Tatsächlich hatte der Spargelhof aber gar kein Praktikum angeboten. Stattdessen hätten die Studierenden zehn bis elf Stunden pro Tag Spargel gestochen. Nach Angaben des RBB bekamen die Studierenden 50 Cent pro Kilo geerntetem Spargel, was sich auf weniger als 6 Euro pro Stunde summiert habe. Der Spargelhof erklärte, der Betrag sei später auf den Mindestlohn aufgerundet worden. Nachdem der Betrug aufgefliegen war, sind die Studierenden wieder ausgereist. Magdalena Stawiana von der Fachstelle Migration und gute Arbeit nannte den Praktikanten-Trick einen „Türöffner, um billige Arbeitskräfte zu gewinnen“. Die Fachstelle hatte bereits 2018 solche vermeintlichen „studentischen Hilfskräfte“ angetroffen, damals aber nur vereinzelt. In diesem Jahr seien sie ihnen hingegen „massenhaft“ begegnet, so Stawiana.

Vor unlauteren Praktiken bei der Beschäftigung von Erntehelfer_innen hatte die IG BAU schon vor Beginn der Spargelsaison gewarnt. Betroffene würden berichten, dass sie „trotz ihrer Kenntnisse und der harten Arbeit“ nicht korrekt behandelt würden, hieß es in einer Erklärung der Agrargewerkschaft vom April. Gewerkschafter_innen der „Initiative Faire Landarbeit“, der die IG BAU, Faire Mobilität, der Europäische Verein für Wanderarbeiterfragen e.V. und Beratungsstellen von Arbeit und Leben angehören, sind deshalb zu Feldbesuchen zu den Erntehelfer_innen gegangen. Die IG BAU hat deshalb Flyer für Erntehelfer_innen auf Polnisch, Kroatisch, Rumänisch, Bulgarisch, Ungarisch und auf Deutsch herausgegeben.

Flyer IG BAU: <https://bit.ly/2Ynn7uH>
www.faire-mobilitaet.de

Die Lohnlücke wächst

Das Problem ist nicht neu: 2008 stellte das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung fest, dass ausländische Männer im Schnitt rund 11 % und ausländische Frauen 20 % weniger verdienten, als Deutsche. Was hat sich seitdem getan?

Einiges, sagt etwa das Institut für Arbeit und Wirtschaft, in einer kürzlich veröffentlichten Studie. Vollzeitbeschäftigt würden Ausländer heute „im Durchschnitt fair entlohnt“. Der wesentliche verbleibende

Faktor für Lohnunterschiede sei die Arbeitsmarkterfahrung, so die Autoren. Hier zeigten sich „flachere Erfahrungsprofile“ der ausländischen Beschäftigten – soll heißen: Viele sind noch nicht so lange im Job.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung sieht die Entwicklung kritischer. Einer im Juni veröffentlichten Studie zufolge hat sich die Lohnlücke von Ausländer_innen und Deutschen zwischen 1994 und 2015 von 13,6 auf 17,6 % vergrößert. Eingebürgerte Deutsche bekamen demnach 1994 noch 10 %

weniger, 2015 lag die Lohnlücke für diese Gruppe bei 16,4 %. Die geringere „Wertschätzung ausländischer Bildungsabschlüsse“ vergrößert demnach das Lohngefälle um durchschnittlich 4,5 %. Gemeint ist: Wer seinen Beruf im Ausland gelernt hat, bekommt entsprechend weniger, als im Inland ausgebildete Kolleg_innen.

Pay Gap Studie IAB: <https://bit.ly/2V1kM7W>
„The Immigrant-Native Wage Gap in Germany Revisited“
Studie DIW: <https://bit.ly/2YdjW4B>

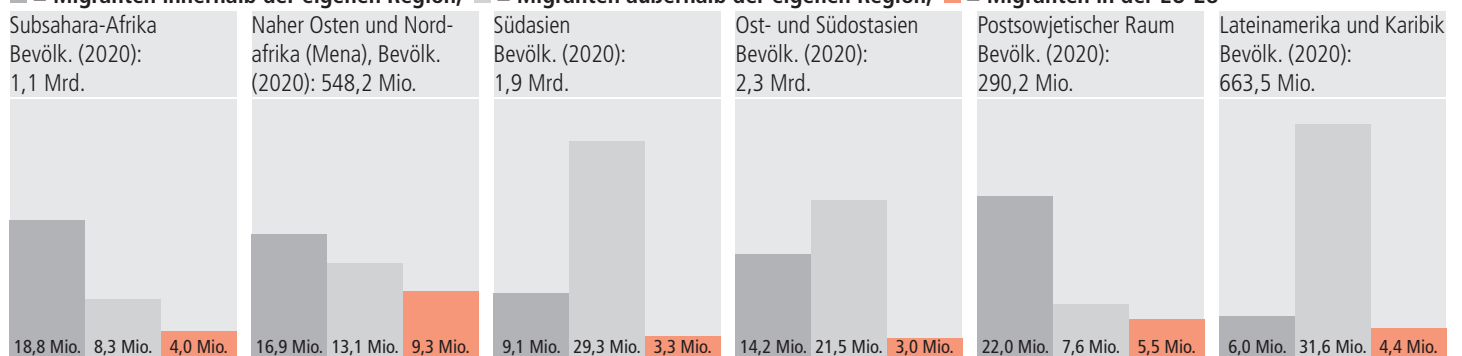
Wohin wandern die Menschen auf der Welt?

Migrationswunsch nach Weltregionen (so viele Menschen aus diesen Regionen würden gern auswandern)



Tatsächliche Migration nach Weltregionen

■ = Migranten innerhalb der eigenen Region; ■ = Migranten außerhalb der eigenen Region; ■ = Migranten in der EU-28



Quelle: BIBE-Studie <https://bit.ly/2GsiXaA>



News + Termine

#FairWandel-Kundgebung der IG Metall

Über 50.000 Metaller_innen haben Ende Juni am Brandenburger Tor für Fairness beim Umbau der Wirtschaft demonstriert. Sie fordern, dass Themen wie Energie- und Verkehrswende sowie die Digitalisierung angegangen und dabei aber Arbeitsplätze gesichert werden. Industrie und Beschäftigte müssten beweisen, dass Ökologie und gute Arbeit kein Widerspruch seien, sagte Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall. „Fairer Wandel verträgt keine Ausgrenzung, keine Diskriminierung“, so Hofmann. „Und daher sagen wir auch hier deutlich: Keinen Platz für rechte Hetzer, Rassisten und Faschisten.“ Diakonie-Präsident Ulrich Lilie sagte, die Zukunft dürfe nicht „den Rattenfängern und Menschenfeinden“ überlassen werden. Für neue Fragen, wie sie Digitalisierung, Klimawandel oder Migration und demografische Entwicklung mit sich brächten, müssten neue Antworten gefunden werden, damit Deutschland „gerecht und lebenswert“ bleibe, so Lilie.

<https://www.igmetall.de/fairwandel/fairwandel-kundgebung-der-ig-metall-im-live-blog-seite-3>

Geld: Neue Übersicht für Förderprogramme

Eine umfassende Übersicht von Fördertöpfen von Bund und EU sowie von Stiftungen und Vereinen für Projekte im Themenbereich Integration und Partizipation hat das Land Berlin zusammengestellt:

<https://bit.ly/22Cw9g5>

Infos: Schule ohne Abschiebung

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft unterstützt die Kampagne Schule ohne Abschiebung. Die Initiative hat eine Homepage und Infomaterialien zum Thema Abschiebung von Schüler_innen erstellt.

<https://bit.ly/2YbWrJ9>

Bsirske gegen Kriminalisierung von Seenotretter_innen

ver.di hat sich gegen die Verfolgung der Seenotretter_innen im Mittelmeer durch die italienische Regierung gestellt. „Wer Menschenleben rettet, darf nicht kriminalisiert werden, erst recht nicht in einem Land, das der Europäischen Union angehört“, sagte der Vorsitzende Frank Bsirske. Christine Behle, für die maritime Wirtschaft zuständiges ver.di-Vorstandsmitglied, erwartet von der EU, sich ihrer Verantwortung in der Flüchtlingsfrage zu stellen: „Ausnahmslos alle der EU angehörigen Länder müssen Flüchtende aufnehmen, und Seenotretter dürfen nicht weiter für das Retten von Menschenleben bestraft werden!“

<https://bit.ly/2Z90zuR>

Rückgang bei Asylanträgen und Zuwanderung

Die Zahl der neuen Asylanträge in Deutschland ist im ersten Halbjahr 2019 auf 84.866 gesunken. Das waren 8.450 Anträge weniger als im Vorjahreszeitraum, ein Minus von 9,1 Prozent. Die größte Gruppe unter

den Antragsteller_innen waren Menschen aus Syrien, gefolgt von Irak und Nigeria. Von Januar bis Juni entschied das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über 102.489 Anträge. 24.497 wurden nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt, 23.312 erhielten Flüchtlingschutz nach dem Asylgesetz. 9.254 bekamen den eingeschränkten, subsidiären Schutz. Auch die Zuwanderung nach Deutschland insgesamt ging leicht zurück: 2018 gab es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 1,58 Millionen Zuzüge aus dem Ausland, während 1,18 Millionen Menschen wegzogen. Die so genannte Nettozuwanderung fiel auf 400.000 und ging damit leicht zurück – im Jahr 2017 lag sie noch bei 416.000 Menschen.

FAQ zur Arbeit in Deutschland

Infos für Menschen, die in Deutschland arbeiten wollen, hat das Projekt Faire Mobilität zusammengestellt. Auf einer eigenen Webseite werden auf Kroatisch, Ungarisch, Serbisch, Rumänisch und Polnisch Informationen gegeben, um sich auf die Zeit in Deutschland gut vorbereiten und bei Problemen helfen zu können. Die Infos richten sich an Beschäftigte in Schlachthöfen, im Baugewerbe, in der häuslichen Betreuung, in der Landwirtschaft sowie an LKW-Fahrer_innen.

www.fair-arbeiten.eu

Per Klage offengelegt: McKinsey-Studie für schnellere Abschiebungen

Über 47 Millionen Euro hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge den Beratern von McKinsey gezahlt – mehr als die Hälfte davon ohne öffentliche Ausschreibung. Teils kassierten die Berater einen Tagessatz von 2.700 Euro für Vorschläge für schnellere Abschiebungen. Den entsprechenden Report wollte das BAMF geheim halten, die Initiative Frag den Staat setzte aber nun vor Gericht die Offenlegung des Dokuments durch. Unter anderem schlägt McKinsey darin die „konsequente Ausgabe von Sachleistungen“ vor, um die „finanzielle Flexibilität von Geduldeten“ zu verringern, wenn diese nicht ausreichend an ihrer Abschiebung mitwirken.

<https://bit.ly/32NOHkg>

Termine

MENTO-Modul Nachhaltigkeit. Grundbildung in den Betrieb einbringen und verstetigen Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz/Saarland

06. bis 07. September 2019

Veranstaltungsort: Bildungszentrum Oberjosbach Nordrhein-Westfalen

20. bis 21. September 2019

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Berlin-Brandenburg und Sachsen

20. bis 21. September 2019

Veranstaltungsort: Berlin

Baden-Württemberg und Bayern

11. bis 12. Oktober 2019

Veranstaltungsort: Bad Herrenalb

MENTO-Themenreihe: Grundbildung: Dimensionen der Grundbildung ausloten – gesundheitliche Grundbildung NRW

07. September 2019

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Baden-Württemberg und Bayern

19. Oktober 2019

Veranstaltungsort: IG Metall Ulm

Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz/Saarland

09. November 2019

Veranstaltungsort:

Arbeit und Leben gGmbH (Mainz)

Tagung: Fachkräfteeinwanderung – Was bedeutet das für die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb?

19. September 2019

Veranstaltungsort:

DGB Bildungswerk Bund, Düsseldorf

Gewerkschaftliche Partizipation für Menschen mit Migrationsgeschichte

19. September 2019

Veranstaltungsort: Unperfekthaus Essen

Ausbildung zu Trainer_innen für (kulturelle) Vielfalt in der Arbeitswelt Modul 1 und 2

20. bis 23. September 2019

Modul 3 und 4

11. bis 14. Oktober 2019

Modul 5 und 6

14. bis 17. November 2019

Veranstaltungsort: ver.di-Bildungs- und Begegnungszentrum Clara Sahlberg, Berlin

MENTO-Modul Netzwerkbildung. Kreativ und effektiv netzwerken

Nord: Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt

28. September 2019

Veranstaltungsort:

DGB Bildungszentrum Besenbinderhof Hamburg

Prekäre Beschäftigung – Methoden für die Bildungsarbeit am Beispiel von mobilen Beschäftigten aus Mittel und Osteuropa

22. bis 24. Oktober 2019

Veranstaltungsort: Berlin

[Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:](https://www.dgb-bildungswerk.de/migration/bildungsprogramm)

<https://www.dgb-bildungswerk.de/migration/bildungsprogramm>



Für unsere demokratischen Alternativen streiten



© Foto: DGB Sachsen

Kommentar von Markus Schlimbach, Vorsitzender des DGB Sachsen

Wie wollen wir leben? Wie wollen wir Gute Arbeit gestalten? Wir haben am 1. September Gelegenheit, bei der Landtagswahl darüber abzustimmen. Und wenn wir wollen, dass sich was ändert im Land, dann müssen wir uns einsetzen und engagieren.

Bereits zur Europawahl wurde deutlich: Die Zeiten, in denen eine oder zwei Parteien mit großem Abstand an der Spitze standen, sind vorbei. Spannend wird, welche Mehrheiten in Sachsen zu welcher Koalition führen. CDU, SPD, LINKE, Grüne und FDP könnten mehr oder weniger gut miteinander regieren. Allen gemeinsam ist: Sie wollen als demokratische Parteien nicht mit der AfD zusammengehen. Das ist ihr gutes Recht, denn die AfD ist keine Partei wie alle anderen.

Nur mühsam verbirgt sie ihren wahren Charakter als Spalterin unserer Gesellschaft, bringt offen den Rassismus zurück auf die politischen Bühnen. Hinter dem „Alternativ-Konzept“ steckt ein Strauß rückwärtsgewandter Ideen und Ideologien. Wollen wir wirklich so leben, wie es früher nie war?

Wir haben uns die Programme der Parteien zur Landtagswahl genau angesehen. Gerade bei den Themen, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtig sind, klaffen bei der so genannten „Alternative“ erhebliche Lücken. Ob es um Gute Arbeit, Stärkung der Tarifbindung oder ein Bildungsfreistellungsgesetz geht – überall gibt es keine Aussagen oder nur sehr verschwommene. Wenn es aber die Chance gibt, zwischen deutschen Staatsbürgern (und auch damit sind nicht alle gemeint) und Migranten zu unterscheiden, wird die AfD allerdings sehr konkret und sogar sozial. So soll es eine „Willkommenskultur für neu geborene deutsche Babys“ geben – was immer das bedeutet.

Auch die Arbeit in den letzten fünf Jahren im Sächsischen Landtag, die im Wesentlichen durch Hetze gegen Migranten und Andersdenkende geprägt war, gibt Anlass für eine kritische Bewertung der AfD.

Dabei gibt es viele Beweggründe, warum sich in Sachsen mehr ändern muss, als in den letzten Jahren angegangen wurde. Bei der Bezahlung der Beschäftigten hinkt Sachsen weit hinter allen anderen Bundesländern her. Die Tarifbindung ist die niedrigste in ganz Deutschland. Eine kürzlich veröffentlichte Studie des DGB Sachsen und des WSI-Tarifarchivs bescheinigt Sachsen eine Tariflandschaft, die eher an „osteuropäische Zustände“ erinnert. Für viele Beschäftigte steht deshalb eine faire, tariflich entlohnte Bezahlung ganz oben auf der Tagesordnung der Probleme, die in Sachsen gelöst werden müssen.

Sachsen kann sich auch keine Abschottung leisten. In den nächsten Jahren bis 2030 werden rund 200.000 Beschäftigte mehr in den Ruhestand gehen, als jüngere nachkommen. Es wird einen massiven Fachkräftemangel geben. Dies wird sich nur durch Zuwanderung lösen lassen. Sachsen muss für Weltoffenheit stehen. Abschottung, geschlossene Grenzen und Vorzugsbehandlung für Deutsche stehen den Herausforderungen der Zukunft diametral entgegen. Damit lässt sich in Sachsen nicht die Zukunft gestalten.

Wir wollen damit auch mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Verwaltungen sprechen. Auch dort gibt es ja Frust und Enttäuschung, weil sich nicht alles so schnell umsetzen lässt, wie das erhofft wird. In der Demokratie ist es gerade nicht so, dass einer die Ansagen macht und alle gehorchen müssen. Und das ist gut so. Demokratie ist manchmal mühsam und dauert. Am Ende von Konflikten stehen immer Kompromisse, die nicht alle

zufrieden stellen. Aber dazu gibt es keine Alternative, schon gar nicht für uns Gewerkschaften.

Lasst uns offen streiten für und über unsere Demokratie, darüber, wie wir sie haben wollen. Darüber, was wir nicht (mehr) haben wollen. Darüber, wie wir ein gutes Leben erstreiten. Wir Gewerkschaften stehen keiner Partei nahe, und wir wollen auch nicht wissen, wer wen wählt. Klar ist nur eines: Wir können gemeinsam viel erreichen – gute und verlässlich bezahlte Arbeit für alle, soziale Sicherheit und ein gutes Leben. Das alles wird uns niemand schenken, aber wir brauchen dazu gute politische Rahmenbedingungen. Das alles können wir nur in einem demokratischen System durchsetzen.

Deshalb reihen wir uns mit unserem Gewerkschaftsblock ein, wenn am 24. August in Dresden tausende für Toleranz und Weltoffenheit demonstrieren. Die Überschrift des #unteilbar-Bündnisses „Solidarität statt Ausgrenzung“ spricht gerade uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter direkt an. Aktive und gelebte Solidarität ist nur in einer demokratischen Gesellschaft möglich. Demokratie ist Leben – das Leben übrigens, für das wir 1989 auf die Straße gegangen sind.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

